



Broemme meint

Resilienz nach Flutschäden

(BS) Fluten sind Naturereignisse: an der Küste Sturmfluten, Hochwasser in weiten Teilen Deutschlands nach Starkregen oder langanhaltendem Dauerregen. Die Zerstörungen waren in den letzten Jahren sehr groß, es gab Sachschäden im Milliarden-Bereich und Personenschäden. Zur Beseitigung der Schäden sind staatliche Hilfen zwingend erforderlich.

Sofern man beim Aufbau nicht den Fehler macht, nämlich einfach einen Wiederaufbau zu finanzieren, erhöht man die Resilienz. Die Resilienz an der Küste ist mehr, als nur den Deich ein Stückchen höher zu bauen. Es gibt inzwischen viele gute Forschungsergebnisse, die beim „Wieder“-Aufbau unbedingt berücksichtigt werden sollten.

Und zur Umsetzung der Resilienz gehören auch die Aufgabenkritik und die Selbstkritik. Diese beiden Punkte sind nach wie vor in Deutschland kein beliebtes Terrain. Gleichwohl müssen auch schwierige Themen ernsthaft und ehrlich angepackt werden. Sonst gibt es bei unserer Resilienz keine Fortschritte.

Albrecht Broemme

Er war als Landesbranddirektor Leiter der Berliner Feuerwehr (1992-2006) und anschließend Präsident des THW (2006-2019)

Zivilschutz-Unterstützung für die Ukraine

(BS) Die Freie und Hansestadt Hamburg unterstützt die Ukraine und besonders die Stadt Kyiv seit Ende April 2022 – also bereits kurz nach dem Ausbruch des russischen Angriffskrieges. Diese Unterstützung ist auf eine strategische Partnerschaft zwischen den Bürgermeistern der beiden Städte (Dr. Vitali Klitschko und Dr. Peter Tschentscher) zurückzuführen, dem „Pakt für Solidarität und Zukunft“. Seit dem Beginn der Partnerschaft wurden bereits umfangreiche Hilfsgüter für die Ukraine bereitgestellt.

Am 14. März übergaben Innensenator Andy Grote und der stellvertretende Leiter der Feuerwehr Hamburg, Branddirektor Jan Peters, sechs weitere Rettungswagen an die Ukraine. Anwesend war auch Dr. Iryna Tybinka, die ukrainische Generalkonsulin. Zu der Übergabe kommentierte Peters: „Ich bin überzeugt, dass diese Rettungswagen in 48 Stunden Menschenleben retten werden. Diese Spende ist ein Beweis dafür, dass das Solidarprinzip, das die Feuerwehr auszeichnet, keine Grenzen kennt.“ Die russischen Angriffe forderten jeden Tag ukrainische Tote und Verletzte, ergänzt Innensenator Grote. „Unsere Unterstützung in der medizinischen Notfallversorgung ist mehr denn je dringend nötig und wir werden diese Hilfe fortsetzen, solange es nötig ist.“ Zuvor waren unter anderem acht Rettungs- und zwei Gerätewagen für die Einrichtung mobiler Behandlungsplätze für bis zu 250 Personen gespendet worden. Auch dringend benötigtes Material wie medizinische Produkte, Schutzwesten und -helme habe die Hansestadt bereitgestellt.

Eine weitere Lieferung von benötigten Materialien und Fahrzeugen, bspw. für die Entschärfung von Kampfmitteln, wie Mienenräumfahrzeuge, sei derzeit in der Innenbehörde in Planung. Unterstützt wird diese



Grote, Tybinka und Peters bei der Übergabe.

Foto: BS/Feuerwehr Hamburg

Zusammenarbeit von der Handelskammer Hamburg sowie den Hilfsorganisationen Hanseatic Help und #WeAreAllUkrainians. Auch Dr. Tybinka heißt das Handeln der Stadt gut: „Vor dem Hintergrund der grausamen Kriegsverbrechen Russlands gegen die Zivilbevölkerung, die keinen Augenblick aufhören, ist jede Hilfe unserer Partner, die dazu beiträgt die negativen Folgen zu mindern, besonders wertvoll.“

Neben der Lieferung von Hilfsgütern und -fahrzeugen beteiligt sich Hamburg auch sehr an der Versorgung von ukrainischen Intensivpatientinnen und -patienten. So u.a. im Rahmen des „Kleeblatt-Mechanismus“, über welchen Deutschland die Verlegung, Zuteilung und Versorgung von u.a. Schwerverletzten aus der Ukraine koordiniert und betreut. Von den bislang rund 1.000 Personen, die über diesen Mechanismus in Deutschland versorgt werden, wurden ca. 200 im Kleeblatt Nord (Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Bremen) verteilt, davon wurden 37 Personen in Hamburger Krankenhäusern untergebracht.

Mehr zu diesem Thema finden Sie in der kommenden April-Ausgabe des Behörden Spiegel.

Das THW steht für die Stärke des Ehrenamts

(BS) Das Technische Hilfswerk (THW) blickt auf ein turbulentes Jahr 2023 zurück. Viele verschiedene Naturkatastrophen haben sich in Deutschland und der Welt abgespielt und hinzu kommt der russische Angriffskrieg auf die Ukraine. Insgesamt seien die Helferinnen und Helfer des THW rund 829.000 Stunden im Einsatz gewesen, wie THW-Präsidentin Sabine Lackner erklärt.

Der kürzlich erschienene digitale Jahresbericht zeigt auf, wie viele Einsätze das THW im vergangenen Jahr bestritten hat, jedoch geht es nicht nur um die Einsätze, sondern auch um die Menschen, die – überwiegend in ihrer Freizeit – das THW tatkräftig unterstützen. Rund 88.000 Ehrenamtliche unterstützen die Organisation, darunter mehr als 15.000 Helferinnen. Bundesinnenministerin Nancy Faeser kommentiert diesen Umstand: „Dass die Zahl der Helferinnen und Helfer einen Höchststand erreicht hat und sich immer mehr Frauen beim THW engagieren, ist ein großartiges Zeichen. So steht das THW für die Stärke des Ehrenamts und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Allen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Einsatzkräften sowie ihren Familien, Freunden und Arbeitgebern danke ich herzlich.“

Viel Engagement im Einsatz

Zu Jahresbeginn wurden Einsatzkräfte des THW in die Türkei entsandt, um bei dem verheerenden Erdbeben im Februar 2023 bei der Rettung von Verschütteten zu helfen. Zusätzlich wurden Hilfsgüter im Gesamtwert von rund 7,6 Millionen Euro in die Türkei und Syrien gebracht. Mitte



Beim Hochwasser Ende 2023 halfen viele Hände mit. Foto: BS/THW, Fabian Friese

Juni hielten zwei Waldbrände auf einem ehemaligen Truppenübungsplatz in Mecklenburg-Vorpommern die Einsatzkräfte des Technischen Hilfswerks in Atem, dicht gefolgt von schweren Gewittern mit Hagel, Starkregen und lokalem Sturm im ganzen Bundesgebiet.

Ein Extrem jagt das Nächste, als die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer im August bei schweren Regenfällen in Slowenien aushelfen müssen. Besonders mit der Instandhaltung der Infrastruktur und dem Freiräumen von Bächen und Bauen von Brücken. Im Dezember sorgen starke Schneefälle in Süddeutschland für den Einsatz von rund 600 THW-Kräften, vor allem im Großraum München. Und zum Jahresende wurden Einsatzkräfte aus mehr als 325 Ortsverbänden bei dem Hochwasser in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt gebraucht.

Fortsetzung auf Seite 3

Behörden Spiegel NEWSLETTER & PODCASTS

In den aktuellen Ausgaben unserer weiteren Newsletter und Podcasts finden Sie u. a. folgende Themen:

NEWSLETTER

[Newsletter „Netzwerk Sicherheit“](#)

18. März:

- Neue Verbündete im Kampf gegen OK
- Neues Bundespolizeigesetz diskutiert

[Newsletter „Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik.“](#)

19. März:

- Europäische Rüstungsimporte annähernd verdoppelt
- Die Lage der Reserve

[Newsletter „Digitaler Staat und Cyber Security“](#)

20. März:

- Richter: Föderalismus neu denken
- Intelligenter Assistent

[E-JOURNAL FUTURE4PUBLIC:](#)

- Die Agilen Vorantreibenden

PODCASTS

[Podcast „Public Sector Insider“ vom](#)

19. März:

- Miteinander Lernen

[Podcast „Public Sector Insider Stichwort“ vom](#)

7. Februar:

- Klimaneutral digital

FUTURE  PUBLIC

Der Newsletter mit Zukunft.

 SUBSCRIBE

Fortsetzung von Seite 2

Reparaturförderung nach Sturmflut

Doch nicht nur bei spontan auftretenden Naturkatastrophen und Wetterereignissen sind die Hilfskräfte der Organisation im Einsatz. Sie spielen auch eine zentrale Rolle bei der Lieferung von Hilfsgütern für die Ukraine. Seit 2022 läuft dieser bisher größte Auslands-Logistikeinsatz des THW. Rund 120 Millionen Euro sind bereits in die Beschaffung von Hilfsgütern zur Unterstützung der Ukraine und ihrer Nachbarländer geflossen.

Mehr als 120 Fahrzeuge für den Zivilschutz und den Wiederaufbau sind bereits in die Kriegsregionen geschickt worden. Wie die Bundesinnenministerin es treffend zusammenfasst: „Auf das THW ist in jeder Notlage Verlass: ob bei Hochwasser und Waldbränden bei uns im Land, bei Erdbebenkatastrophen im Ausland oder ob bei der massiven humanitären Unterstützung der Ukraine angesichts des verbrecherischen russischen Angriffskriegs. Und das THW ist ein Eckpfeiler, um unser Land widerstandsfähiger zu machen und für Krisen- und Katastrophenfälle zu wappnen.“

(BS) Nach der verheerenden Sturmflut an der Ostseeküste von Schleswig-Holstein im Oktober 2023 wurden nun zwei weitere Richtlinien für finanzielle Unterstützung bei Reparaturen und Wiederaufbau erlassen. Besonders kommunale Gebäude und Infrastrukturen sowie private Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge sollen davon profitieren können. Darin inbegriffen sind auch die Reparaturen von Hafenanlagen, Stränden, Promenaden und Dünen, wie Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack und Tourismusminister Claus Ruhe Madsen erklären.

Gemeinsamen Aufbau stemmen

Um diese Unterstützung zu finanzieren, stellen Land, kommunale Landesverbände und Kommunen 140 Millionen Euro zur Verfügung. Anträge für die Förderung können ab sofort gestellt werden, die entsprechenden Maßnahmen müssen dann bis spätestens 31. Dezember 2030 abgeschlossen sein. Jedoch mussten die Kommunen nicht bis Anfang Februar/Anfang März mit den Wiederaufbaumaßnahmen warten,

wie Madsen ausführt. Unmittelbar nach der Sturmflut hätten sie schon anfangen können, denn bereits um Ostern herum beginne die Tourismussaison. „Ziel ist es, unsere Gäste mit attraktiven Promenaden und Stränden zu empfangen“, verdeutlicht Madsen das Vorgehen.

Die Förderquote beträgt 50 Prozent, die sich Land und Kommunen gleichwertig teilen. Die übrigen 50 Prozent müssen die Antragssteller selbst tragen. „Wir lassen die betroffenen Einrichtungen nicht im Regen stehen“, erklärt Sabine Sütterlin-Waack. „Ich freue mich sehr, dass das Land und die Kommunen dabei zusammenstehen, und danke der kommunalen Familie noch einmal ausdrücklich dafür.“

Die Voraussetzungen für die Förderungen seien zum einen, dass das Ziel in der Beseitigung von Schäden bzw. dem Wiederaufbau von Infrastruktur bestehe, oder dass Maßnahmen ergriffen würden, damit Einrichtungen künftig besser gegen Sturmfluten gewappnet seien. Zudem müsse der Schaden mehr als 5.000 Euro im Einzelfall betragen.

Auf dem Prüfstein

FDP: Mehr europäische Eigenständigkeit

(BS) Anlässlich der Europawahlen am 9. Juni haben wir Deutschlands Parteien gefragt, was sie auf EU-Ebene für den Katastrophenschutz erreichen wollen.

Lesen Sie in den kommenden Ausgaben die Antworten der Parteien.

Behörden Spiegel: Was wünschen Sie sich für den europäischen Katastrophenschutz in den nächsten vier Jahren?

FDP-Sprecher: Die Covid-Pandemie und die vielzähligen Naturkatastrophen der letzten Jahre haben gezeigt, dass eine starke Zusammenarbeit der EU im Katastrophenschutz nicht nur hilfreich für die Mitgliedstaaten ist, sondern absolut notwendig. Wir werden auch in den nächsten Jahren auf die teils grenzübergreifenden Katastrophenfälle nur mit einem europä-

ischen Ansatz besser reagieren können. Insofern wünsche ich mir Haushaltsumschichtungen zur Stärkung des EU-Katastrophenschutzes, insbesondere in den Verhandlungen für den neuen Mehrjährigen Finanzrahmen ab 2028.

Behörden Spiegel: Was möchte Ihre Partei an dem aktuellen Katastrophenschutzverfahren der Union ändern?

FDP: Das jetzige Unionsverfahren gewährleistet bereits eine zügige Reaktionsfähigkeit. Das Zentrum für die Koordination von Notfallmaßnahmen leistet bereits hervorragende Arbeit in der Koordination zwischen den Mitgliedstaaten. Natürlich benötigen die Anfragen betroffener Staaten und die Angebote unterstützender Staaten dennoch Zeit. Deshalb ist es gut, dass wir

die EU-eigene Flotte von Löschflugzeugen und Hubschraubern jetzt verstärken. Hier braucht es mehr europäische Eigenständigkeit als Ergänzung zur Koordination von Mitgliedstaaten.

Behörden Spiegel: Sollte sich Deutschland im europäischen Katastrophenschutz mehr engagieren?

FDP: Als geografisch zentraler Mitgliedstaat kann Deutschland einen wichtigen Beitrag zum gemeinsamen Katastrophenschutz leisten und profitiert gleichzeitig davon. Die Hauptverantwortung liegt hier bei den Bundesländern, die ihre Einbindung verstärken müssen. Ein konkretes Ziel wäre, genauso viele Einheiten wie Frankreich im EU-Katastrophenschutz anbieten zu können.

Zivilschutzübungen an Schulen verpflichtend?

(BS) Bekanntermaßen sind in Deutschland die einzelnen Bundesländer sowohl für den Katastrophenschutz als auch die schulische Bildung selbst zuständig. Doch mit den sich häufenden Katastrophen und Krisen – wie dem russischen Angriffskrieg, Hochwasserereignissen oder der Pandemie – wird klar, dass wir unsere Resilienz im Zivil- und Katastrophenschutz ausbauen müssen.

Zu diesem Thema hat sich erst kürzlich Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) geäußert, sie ist der Meinung, dass auch junge Menschen auf Ernstfälle besser vorbereitet werden müssen. Hier sieht sie die Schulen in der Pflicht, wie sie in einem Interview der Funke-Mediengruppe mitteilt: „Zivilschutz ist immens wichtig, er gehört auch in die Schulen. Ziel muss sein, unsere Widerstandsfähigkeit zu stärken.“ Dafür müsse kein eigenes Schulfach her, aber Lerninhalt sollte es dennoch werden, denn auch junge Menschen müssten mit potenziellen Gefahren umgehen lernen. Dafür müssten die wichtigen Inhalte, also Aufgaben und Risiken, altersgerecht aufbereitet werden. Auch Sorgen und Ängste sollten adressiert werden, weshalb künftig Sozialarbeiter und Psychologen zum Lehrkörper gehören sollten, erläutert Stark-Watzinger ihre Ausführungen.

Sinnvolle Ergänzung oder Panikmache?

Gegenwind gibt es aus der CDU. Schleswig-Holsteins Bildungsministerin und Vize-Bundesvorsitzende der CDU, Karin Prien, ist der Ansicht, dass Zivilschutz und äußere



Für das Leben lernen wir, oder?

Foto: BS/Olenachukhil, [Adobe Stock](#)

Sicherheit Aufgabe des Bundes sei. In den Kultusministerien der Länder werde sich wiederum darum gekümmert, Verständnis für sicherheitspolitische Fragen zu schaffen. Aber „es hilft nicht, der Bevölkerung und insbesondere Kindern und Jugendlichen Angst zu machen“, verdeutlicht die CDU-Vizepräsidentin ihren Standpunkt.

Doch so ähnlich, wie das aktuell schon in Großbritannien praktiziert wird, war es auch in Deutschland mal gang und gäbe, dass in Schulen unterschiedliche Notfallvorgänge geübt wurden. Stark-Watzinger weist darauf hin, dass es beispielsweise in England für jedes mögliche Krisenszenario einen ausgearbeiteten Plan gibt, der vom Lehrpersonal regelmäßig durchgegangen und geübt wird. Und auch die Schüler werden mit Evakuierungsrouten und Notfall-Protokollen vertraut gemacht. Denn nur wer den Ernstfall geübt hat, kann auch

entsprechend reagieren.

Im geteilten Deutschland gehörten sowohl in der DDR als auch in der Bundesrepublik Sirenen zur Ausstattung von öffentlichen Gebäuden und ein Probealarm war für die Schüler ganz normal. Im Kalten Krieg war es wichtig zu wissen, was bestimmte Alarmtöne zu bedeuten hatten und was in einem solchen Fall zu tun war. Mit dem systematischen Abbau der Sirenen nach der Wiedervereinigung sind solches Wissen und das damit verknüpfte Handeln in Vergessenheit geraten. Und auch wenn heute aus Katastrophen wie im Ahrtal im Sommer 2021 Lehren gezogen und die Sirenen wieder eingeführt werden – weil man gemerkt hat, dass Warnmittel wie Radio, Fernsehen und SMS nicht helfen, wenn es keinen Empfang gibt – hilft das wenig, wenn man die Sirenentöne nicht zu deuten und entsprechend damit umzugehen weiß.

Potenziale der Computersimulation für den öffentlichen Sektor in Krisensituationen

11. Juni 2024
9.30 – 17.00 Uhr
in Berlin

H L R I S



Gefördert von



Bundesministerium für Bildung und Forschung



Baden-Württemberg
MINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT
FORSCHUNG UND KULTUR

JETZ KOSTENLOS ANMELDEN!

27. Europäischer Polizeikongress

16. – 17. APR 2024

CityCube Berlin

aus unserem
Programm

DEBATTE

Migration, Integration, Grenzsicherung

LEITUNG

Dr. Eva-Charlotte Proll
Behörden Spiegel

IMPULS

Dr. Michael Spindelegger
*Generaldirektor des
Internationalen Zentrums
für die Entwicklung
von Migrationspolitik,
Außenminister a. D., Österreich*

Hans Leitjens
Exekutiv Direktor, Frontex

Isabell Schmitt-Falckenberg
*Abteilungsleiterin
Bundespolizei im BMI*

Gregor Lange
Polizeipräsident Dortmund

Lena Düpont MdEP
*EVP, Mitglied im Ausschuss für
bürgerliche Freiheiten, Justiz und
Inneres*

DEBATTE

Fußball Europameisterschaft – Gewährleistung sicherer Spiele

LEITUNG

Jürgen Mathies
Staatssekretär a. D.

Dirk Hulverscheidt
*Leitender Polizeidirektor, Ministerium des Innern
NRW, Leiter der polizeilichen Projektgruppe zur
Erarbeitung des polizeilichen Rahmenkonzepts
für die UEFA EURO 2024*

Timo Seibert
*Leiter des Bereichs Sicherheit und Medizin der UEFA
EURO 2024*

Stefan Schedler
*Projektleiter für die UEFA EURO 2024 der Stadt
Leipzig*

IMPULS

Philipp Lahm
*Turnierdirektor,
UEFA EURO 2024*

Impressum

Herausgeberin und Chefredakteurin von „Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.“: Dr. Eva-Charlotte Proll.

Redaktionelle Leitung: Bennet Biskup-Klawon, Scarlett Lüsser. Redaktion: Jonas Brandstetter, Benjamin Hilbricht, Guido Gehrt, Dr. Barbara Held, Ann Kathrin Herweg, Lars Mahnke, Sven Rudolf, Paul Schubert, Anna Ströbele, Marlies Voßebrecker. Online-Redaktion: Tanja Klement. Redaktionsassistentin: Kirsten Klenner, Kerstin Bauer (Berlin); Produktionsassistentin: Wiebke Werner.

ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Friedrich-Ebert-Allee 57, 53113 Bonn, Telefon: 0049-228-970970

E-Mail: redaktion@behoerderspiegel.de; www.behoerderspiegel.de. Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.: DE 122275444 - Geschäftsführer: Dr. Fabian Rusch. Herausgeber- und Programmbeirat: Uwe Proll (Vorsitz). Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von „Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.“ Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten („Links“), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Herausgebers liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.